

Kommentar

von Oskar Flück

Der Krieg beschränkt sich nicht nur auf die Inselrepublik Sri Lanka. Zunehmend ist auch das Ausland involviert. So wird ein Propagandakrieg über das Internet geführt, bei dem die srilankische Regierung eindeutig in der Offensive ist. Die Qualität der regierungsnahen Webseiten hat sich innerhalb von wenigen Monaten markant verbessert, auch was die Aktualität (nicht aber deren Wahrheitsgehalt) betrifft.

Auf tamilischen Webseiten ist es offensichtlich, daß die LTTE von Jaffna praktisch keine und von Wannu nur sehr selektive Meldungen zuläßt. Diese Pressezensur hat sich zum Nachteil für die LTTE ausgewirkt: die Nachrichtenagenturen sind auf Internetveröffentlichungen angewiesen und übernehmen in Ermangelung solcher Meldungen von tamilischer Seite oft - und teilweise unkritisch - Meldungen der Regierung.

In die Offensive ist Sri Lanka auch gegenüber Staaten mit einer größeren tamilischen Diaspora gegangen - insbesondere Kanada, die Schweiz, Großbritannien und (diskreter) Frankreich. Nicht nur werden Angriffe auf dem Internet lanciert, um Druck aufzubauen - es werden auch Leute mobilisiert, die vor Konsulaten oder vor der UNO protestieren. Daß der kanadische Finanzminister die Tamilen in Schutz gegen srilankische Propagandaangriffe nahm und sogar eine LTTE-nahe tamilische Veranstaltung besuchte, hat die Regierung von Sri Lanka in Weißglut gebracht.

Ende August gab es deswegen sogar eine "Massendemonstration" von etwas über 100 Demonstranten vor dem kanadischen Konsulat in Texas, USA. Thailand hat - unter anderem wegen dem "buddhistische Brüder"-Argument - im Juli dem Druck aus Sri Lanka nachgegeben und eine harte Politik gegenüber der LTTE angekündigt. Großbritannien wird kritisiert, weil es das Hauptquartier der LTTE in London nicht schon längst geschlossen hat. Die Argumentation ist dabei immer gleich: Länder, die der LTTE Freiraum gewähren, unterstützen damit terroristische Organisationen. Besonders verwiesen wird dabei auf die UNO Konvention gegen die Finanzierung von terroristischen Organisationen.

Tatsache ist, daß die LTTE zwei Gesichter hat: auf der einen Seite ist sie zu einer Armee geworden, die über 15 Prozent des Territoriums von Sri Lanka kontrolliert und dort staatliche Strukturen geschaffen hat (Schulen, Gerichte, Verwaltungseinrichtungen). Per Definition kann man bei einer solchen Situation nicht mehr von Terrorismus reden, sondern von einer quasi-staatlichen Organisationsstufe. Der LTTE fehlen eigentlich nur noch Länder, die bereit wären, diesen Zustand rechtlich anzuerkennen.

Auf der anderen Seite verübt die LTTE Attentate gegen Führungspersönlichkeiten des Feindes - in einem Krieg zwischen zwei Staaten wäre eine solche Handlungsweise eine militärische Option. Selbst die USA wollten Staatsoberhäupter wie Saddam Hussein oder Milosevic bei ihren Angriffen treffen und nahmen dabei tote Zivilisten in Kauf.

Wir befinden uns hier also völkerrechtlich in einer Grauzone. Terroristisch ist aber eine Handlungsweise dann, wenn Attentate und Bomben nur Zivilisten treffen. Diesbezüglich hat die LTTE nach Aussagen aller neutraler Beobachter, wie amnesty international und

anderer NGO's, Schuld auf sich geladen. Es kann auch nicht zweierlei Recht geben: die Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte werden zu recht angeprangert, aber was ist, wenn die LTTE ihre politischen Gegner umbringt? Ist sie dann nicht auf der gleichen Stufe wie die NFAT ('National Front Against Tiger'), welche vermutlich hinter dem Attentat gegen den tamilischen Rechtsanwalt Ponnambalam stand und Bomben beim norwegischen Konsulat explodieren ließ?

In der LTTE werden politische Morde mit einer Art Kriegsrecht begründet, welches die Exekution von Landesverrätern rechtfertigt. Wenn ein Staat wie Israel Sri Lanka massiv unterstützt, muß er sich Fragen zu seiner Vergangenheit gefallen lassen: gab es in der Zeit vor 1948 nicht terroristische Anschläge von Rebellen Gruppen wie Hagana und Irgun Zvai Leumi gegen die britische Mandatsmacht? Warum werden die genannten Gruppen als Befreiungsarmeen oder Widerstandsgruppen bezeichnet und die LTTE als Terrorgruppe. In beiden Fällen legitimiert man sich mit der Vergangenheit - sei es ein religiös begründetes Heimatrecht der Juden oder ein mittelalterliches und hinduistisch geprägtes Königsreich Tamil Eelam. Und in beiden Fällen vertrieb und terrorisierte man ethnische Gruppen in den eigenen kontrollierten Gebieten: im Falle von Israel die Palästinenser und im Falle der LTTE die Muslime von der Halbinsel Jaffna oder sinhalische Neusiedler im Osten.

Nun wird in einem Fall von staatlich legitimerter und im anderen Fall von terroristischer Gewalt gesprochen. Es fällt auf, daß viele Staaten, die Sri Lanka militärisch mit Waffenlieferungen unterstützen, selber ein Minderheitenproblem haben: Israel mit den israelischen Arabern und Palästinensern, Rußland mit Tschetschenen, China mit Tibet. Wie man mit nationalen Minderheiten umgehen könnte, zeigt ausgerechnet die Schweiz, welche von Sri Lanka so gerne kritisiert wird. Hier konnte ohne Blutvergießen und demokratisch legitimiert in den 70-er Jahren ein neuer Kanton, der Kanton Jura, entstehen. Es bildete sich eine Gebietskörperschaft mit Autonomie in vielen Bereichen (z.B. Verwaltung, Schulen, Polizei). In der Schweiz haben sowohl religiöse wie sprachliche Minderheiten große Freiheiten und sind voll integriert. Daran könnte sich Sri Lanka ein Beispiel nehmen.

Die USA als weitere Helfer für Sri Lanka denken strategisch - ihre von Südkorea aus gelieferten 100 militärischen Transportfahrzeuge und die militärische Ausbildung für die srilankischen Eliteeinheit der 53. Division und andere Einheiten, welche im August in Basen der Luftwaffe und der Marine stattfanden, stehen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Südpazifikkommando. Seit 1995 ist Sri Lanka in Programme für sogenannte befreundete Staaten integriert, dem sogenannten 'Extended Relations Programme'. Davon profitiert übrigens auch Indien.

Pakistan konnte mit seinen Waffenlieferungen auch Indien eins auswischen - abgesehen davon, daß es vom Geld profitierte. Gut möglich, daß der Verkauf eines indischen Patrouillenschiffes für 20 Millionen US Dollar im August in diesem Zusammenhang gesehen werden muß. Das Schiff, von dem aus auch Helikopter operieren können, erweitert die Optionen für die srilan-

kische Marine. Vielleicht verspricht sich Indien insgeheim von der Stärkung der srilankischen Marine einen Rückgang der Flüchtlingsbewegungen nach Tamil Nadu. Gleichzeitig gilt es zu beachten, daß zwei kleinere Koalitionspartner der gegenwärtigen indischen Regierung die LTTE offen unterstützen.

Um Geld wird es bei den Waffenverkäufen der Ukraine und Tschechien gegangen sein. Die Ukraine und ihre Waffenhändler sind bekannt dafür, daß sie jedem liefern, der bezahlt - auch der LTTE. Diese soll nach indischen Nachrichtenagenturen von der Taliban Luftabwehrraketen im Wert von 20 Millionen US Dollar gekauft haben - die Quellen sprechen von 'Stinger' und 'Sam'-Raketen. Die Waffenkäufe der srilankischen Regierung (Mig-27, Kfir-Bomber, Mi-24-Kampfhelikopter, Kampfboote, Artillerie und Transportfahrzeuge) addierten sich im laufenden Jahr bis Ende Juli bereits auf für das Land astronomische Größenordnungen. Gleichzeitig kamen alleine im Juni statt 25.000 nur noch knapp 21.000 Touristen ins Land. Der bevorstehende wohl blutige Wahlkampf und der bestehende Bürgerkrieg machen Sri Lanka als Reiseland unattraktiver. Ökonomisch gesehen ist der Bürgerkrieg eine Hypothek und verschärft die sozialen Probleme im Gesundheits- und Erziehungswesen. Daraus wird sich eine weiter zunehmende soziale Unrast entwickeln.

Dies alles stimmt für die Zukunft Sri Lankas nachdenklich. Den Friedensplan bekämpften sinhalesische Nationalisten im Verbund mit buddhistischen Mönchen im Gleichtakt mit fast allen tamilische Gruppierungen. Er wäre aber gewiß ein positiver Ansatz für eine politische Lösung gewesen. Was dabei wenig bekannt ist: Vom Friedensplan hätten auch die rund 200.000 indischstämmigen Tamilen ohne Staatsbürgerschaft profitiert, indem sie in die srilankische Staatsbürgerschaft aufgenommen worden wären.

Wie uneinig die Sinhalesen untereinander sind, haben gegenseitige Vorwürfe der Parteiführer von 'People Alliance' und 'United National Party' (UNP) wegen angeblicher Geheimverhandlungen mit der LTTE sowie die Begleitgeräusche bei der Ernennung von Lionel Balagalle zum 16. Armeechef gezeigt. Generäle wie Janaka Perera äußerten unverhüllt ihr Mißfallen über die Berufung von Balagalle. Die Uneinigkeit in den oberen Rängen des Militärs, zum Teil parteipolitisch bedingt, und die schlechte Motivation der Truppe (Deserteure!) werden trotz der neuen Waffen dazu führen, daß die LTTE militärisch nicht besiegt werden kann. Im Gegenteil - immer mehr scheint sich die Bildung eines tamilischen Staates mit dem Kernland Wannī abzuzeichnen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Sri Lanka-Tamilen

von Frank-Florian Seifert

Gegenstand des sinhalesisch-sri-lanka-tamilischen Konfliktes ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Doch kann eine Sezession zur Errichtung eines unabhängigen sri-lanka-tamilischen Staates unter Berufung auf das Völkerrecht gefordert oder verhindert werden? (1)

Die Sezessionsforderung zur Errichtung eines unabhängigen "Tamil Eelam" läßt sich in ihrer politischen Tradition bis in die frühen siebziger Jahre zurückverfolgen und hat zwischenzeitlich nichts von ihrer Aktualität verloren. In seiner Ansprache vom 27. November 1999 anlässlich des alljährlich zelebrierten "Maha Veerar Naal" setzte LTTE-Führer Prabhakaran mit der Sezessionsforderung die sri-lankische Staatsgewalt wiederholt unter Druck: "The anti-Tamil Sinhala racist political system - which totally disregards human rights and liberties - offers no alternatives to the Tamils other than to fight, secede and to establish an independent Tamil state. It is along this secessionist path that the Sinhala nation is driving the Tamil nation. Years ago our people made a decision that an independent state of Tamil Eelam is the only and the final solution to our national conflict." (2)

Einerseits berufen sich Vertreter (auch) sri-lanka-tamilischer Interessen auf das Selbstbestimmungsrecht der

Völker, um Ansprüche des Volkes der Sri Lanka-Tamilen völkerrechtlich zu untermauern. Bezeichnenderweise hat die sinhalesisch dominierte sri-lankische Staatsgewalt andererseits ein Selbstbestimmungsrecht der Sri Lanka-Tamilen zu keiner Zeit anerkannt, insbesondere nicht mit der tatsächlich nie verwirklichten 13. Verfassungsänderung zur Errichtung des Systems der "Provincial Councils" aufgrund des "Abkommens zwischen Indien und Sri Lanka über die Herstellung von Frieden und Normalität in Sri Lanka" vom 29. Juli 1987.

Im seit 1995 währenden Prozeß der Verfassungsneugestaltung hat sich zudem mittlerweile abgezeichnet, daß die sri-lankische Staatsgewalt auch künftig bemüht sein wird, selbst im Rahmen der - mittels des "devolution package" - beabsichtigten Errichtung des Systems der "Regional Councils" die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes der Sri Lanka-Tamilen zu vermeiden. Jedenfalls sehen alle bislang von der sri-lankischen Staatsgewalt unterbreiteten

Verfassungsvorschläge umfangreiche verfassungsrechtliche Absicherungen gegen eine Sezession vor.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker - und als eine mögliche Verwirklichungsform dessen das Recht zur Sezession - ist damit der eigentliche Gegenstand des seit Jahrzehnten andauernden opferreichen sinhalesisch - sri-lanka-tamilischen Konfliktes.

Entwicklung der Selbstbestimmungskonzeption

Eine erste Stufe der Entwicklung der Selbstbestimmungskonzeption wird gemeinhin mit dem Prinzip "demokratischer" Selbstbestimmung umschrieben. Diese war auf die freie Wahl einer Regierungsform und den räumlichen Geltungsbereich einer Verfassung gerichtet. Der Kampf um die amerikanische Unabhängigkeit und die Französische Revolution prägten diese erste Stufe.

Die zahlreichen Staatenteilungen und Zusammenschlüsse von Völkern und